

Bessere Bildung durch (noch) mehr Kooperation?

Bildungsregionen: Dr. Ute Kratzmeier skizziert die Position des Vorstandsbereichs (VB) allgemeine Bildung der GEW zum bildungspolitischen Konzept der Bildungsregionen nach den bisherigen Beratungen.

Ein Bestandteil der im Juli 2008 gestarteten Qualitätsoffensive Bildung des Landes ist die Möglichkeit, regionale Netzwerke, so genannte „Bildungsregionen“ zu schaffen. In der Bekanntmachung des Kultusministeriums „Impulsprogramm Bildungsregionen“ vom 21. April 2009 sind die Ziele und die Umsetzungsmodalitäten dargestellt. Hintergrund des Programms waren zwei Modellprojekte „Regionale Bildungslandschaften“, die in Freiburg und Ravensburg durchgeführt und inzwischen zum Abschluss gekommen sind (siehe b&w Jan./Feb. 2007 und Juni 2007).

Das Modellprojekt und das Impulsprogramm werfen eine Reihe von Fragen auf. Zum einen wird die tragende Rolle der Bertelsmann-Stiftung bei der Konzeption und Durchführung des Projekts kritisch gesehen, zum anderen ist zweifelhaft, ob mit dem Konstrukt der Bildungsregion die zentralen Probleme des Bildungssystems überhaupt bearbeitet werden können.

Kernprobleme unseres Bildungssystems

Kohärenz, was man annähernd mit „Widerspruchsfreiheit“ oder „Stimmigkeit“ übersetzen könnte, ist eine wichtige Voraussetzung für gelingende Bildungsbiografien. Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg sind davon abhängig, dass Sozialisation, Erziehung und Lernen von Kindern und Jugendlichen in einem systematischen Zusammenhang stehen. Was heißt das konkret? In der bildungsbiografischen, also zeitlichen Dimension besteht Kohärenz darin, dass die aufeinander folgenden Bildungsangebote sich möglichst bruchlos anschließen, aufeinander aufbauen und geeignet sind, Lernprozesse gezielt zu erweitern sowie nachhaltig zu vertiefen und zu festigen. In ihrer horizontalen Dimension erweist sich Kohä-

renz darin, dass die verschiedenen Bildungsangebote so aufeinander bezogen werden, dass sie sich wechselseitig stützen, erweitern und ergänzen.

Das gegenwärtige Bildungs- und insbesondere das Schulsystem erfüllt die Voraussetzungen für gelingende Bildung in keiner Hinsicht: allein der Blick auf die frühkindliche Bildung, die Schule und die Jugendhilfe zeigt, dass hier nichts zusammenpasst: ein völlig unübersichtliches Wirrwarr von Zuständigkeiten, Trägerschaften und nicht aufeinander bezogenen Aufgaben erzeugt unzählige Brüche und Ineffizienzen im Bildungssystem.

Die Bildungsangebote sind nicht nur nicht aufeinander abgestimmt, sondern im Gegenteil zeigt sich in der Schulstruktur, dass hier „begabungsgerechte“ Parallelwelten erzeugt werden, die durch unterschiedliche Bildungspläne und hierarchische Bildungskonzepte und Ausstattungen auf Abstand gehalten werden.

Brüche überwinden, nicht kooperativ verschleiern!

Diese systemisch erzeugten Brüche sollen seit Jahren durch immer wieder neue Kooperationsprojekte gemildert werden. Erfolglos, wie man weiß. Seit der ersten PISA-Studien ist Baden-Württemberg in Sachen Chancengleichheit im Bildungssystem nicht voran gekommen. Durch die Einführung der Werkrealschule als eigenständigen Schultyp wird die Fragmentierung des Schulwesens noch einmal zugespitzt.

Das Impulsprogramm „Bildungsregionen“

Das Impulsprogramm basiert konzeptionell auf Annahmen und Leitvorstellungen, die im Rahmen von Modellversuchen – in Baden-Württemberg für die Regionen Ravens-

burg und Freiburg – gewonnen wurden. Auch bei den Beteiligten der Modellprojekte wurde erkannt, dass es im Erziehungs- und Bildungswesen darauf ankommt, Zersplitterung von Zuständigkeiten und Verantwortung zu überwinden, wenn ein größtmöglicher Bildungserfolg für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden soll. Die Etablierung von „Bildungsregionen“ ist dem Konzept und dem Impulsprogramm zufolge „die“ therapeutische Strategie, um dies zu leisten. Bildungsregionen sollen als „Verantwortungsgemeinschaften“ im Wege von Kooperation, Koordination und Vernetzung zusammenführen, was zur Steigerung von Bildungserfolg zusammengehört. So richtig der Ansatz in der allgemeinen Beschreibung der Ausgangslage und der Zielsetzung ist, so problematisch und viel zu kurz greifend erscheint die ins Auge gefasste Lösungsstrategie.

Die Modellprojekte und jetzt das Impulsprogramm versuchen, durch eine institutionalisierte Kooperation in einer, wie auch immer definierten Bildungsregion, die Brüche und Bruchlinien durch intensivere Kooperation der Akteure zu überwinden. Dabei wurde, so unser Eindruck, kaum in den Blick genommen, dass zum Beispiel auf der Ebene der Schule Schulleitungen und Lehrer/innen schon immer durch eine Vielzahl administrativer Vorschriften und Empfehlungen zur Kooperation und Koordination in horizontaler und vertikaler Hinsicht gehalten sind. Jeder bildungspolitische Schritt zur Schulentwicklung bringt zwangsläufig weitere Kooperationsnotwendigkeiten hervor, weil neue Angebote und Maßnahmen stets additiv dem Prinzip der Fragmentierung folgen. Die Ganztagschule und die „neue“ Werkrealschule sind dafür besonders aktuelle und illustrative Beispiele.

Ausblendung der politisch-systemischen Ebene

Die erwartete Überwindung von Fragmentierung durch eine auf Dauer gestellte Kooperation nach außen überfordert institutionell und personell die möglichen Kooperationspartner, weil die über das je spezifische „Kerngeschäft“ hinausgehenden Verarbeitungskapazitäten nicht mitwachsen.

Außerdem wird übersehen oder bewusst ausgeblendet, dass Kooperation auf Dauer die politisch und systemisch verfasste Fragmentierung nicht überwinden kann. Sie kann eine Verantwortungsgemeinschaft, die die Brüche, Zerklüftungen und Zersplitterungen politisch bearbeitet und zu überwinden versucht, nicht ersetzen. Sie entlastet freilich die politische Steuerungsebene von ihrer Verantwortung, indem sie diese an untere „Verantwortungsgemeinschaften“ delegiert und damit mögliche Problemlösungen entpolitisiert.

Die bemerkenswertesten Bruchlinien, die durchweg mit Kooperationsempfehlungen besetzt sind, seien genannt:

Die eingeforderte Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, die Pilotierung von „Bildungshäusern“ und Vorstöße zu einer curricularen Verbindung zwischen Elementar- und Primarbildung („Orientierungspläne“) zeugen zwar von der bildungspolitischen Einsicht in hinderliche Brüche und Diskontinuitäten. Jedoch auch regional forcierte Kooperationen vermögen nicht die durch sehr differente Ausbildungs- und Studiengänge verursachten Barrieren zu überwinden.

Geradezu paradigmatisch sind die Brüche und Fragmentierungen zwischen Grundschulen, Sonderschulen und weiterführenden Schulen. Strukturell verankerte Zuweisungs-, Umschulungs- und Abschulungsmechanismen, die Lehrerausbildung, professionelle Selbstbilder und pädagogische Spezifizierungen, die die gemeinsame Arbeit an gelingenden Schulbiografien verhindern, auch curriculare Zerklüftungen und divergente Lernmilieus lassen sich nicht

durch Kooperationen überbrücken oder gar zusammenführen. Mit der „Werkrealschule“ pflanzt sich das Prinzip der Fragmentierung von Bildungsgängen fort: Neue, noch komplexere Kooperationsnotwendigkeiten zwischen Hauptschule, Werkrealschule und Berufsschulen kündigen sich an.

Was ist eine Region?

Die Einführung der „Bildungsregion“ als neuer bildungspolitisch relevanter Zwischenebene erfolgt in der Gleichsetzung der Region mit Stadt- und Landkreisen. Dies ist keineswegs nahe liegend oder gar zwingend. Der Landkreis als Bildungsregion bietet sich an, wenn es um die Vernetzung mit Schulen in seiner Trägerschaft (Berufsschulen, Sonderschulen) und mit Einrichtungen der beruflichen Ausbildung geht; er böte sich als Planungs- und Moderationsebene an, wenn es um die Weiterentwicklung eines attraktiven und zukunftsfähigen Sekundarschulwesens im ländlichen Raum ginge.

Schon in den Modellversuchen zeigte sich allerdings auch, dass der Landkreis für eine Reihe von Kooperationen ein zu großes Format darstellt und die kommunale Ebene bzw. die Ebene kommunaler Nachbarschaftsräume („Geschäftsführende Schulleiter“) besser geeignete Formate für die Pflege von Bildungslandschaften darstellen würden. Für die Unterstützung der Schulen bei der internen Evaluation und schulnahen Fortbildung böte sich die Ebene der Regionen (Regionalverband) an, um regionale pädagogische Zentren einzurichten und mit Ausbildungsseminaren zusammen zu führen.

Die Einführung und Institutionalisierung der Bildungsregionen in der Fläche ist auch unter folgenden Aspekten zu kritisieren:

- Es ist nicht zu erkennen, dass die Betroffenen und die potentiellen Handlungsträger der Bildungsregion bei der Beantragung einer solchen beteiligt werden sollen;
- auch wenn eingeräumt wird, dass bei der Übertragung der „Bildungsregion“ in die Fläche nicht die Infrastruktur der Modellregionen

übernommen werden soll, so muss doch gesehen werden, dass die deutlich schmälere Ressourcen die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der „Bildungsregion“ erheblich einschränken; dabei handelt es sich insbesondere um die Unterstützung der Schulen bei der Evaluation und Fortbildung, die genuine Landesaufgaben sind;

- dem Konzept zufolge sollen vor allem Kooperations- und Koordinationsaufgaben ausgebaut und intensiviert werden; neue Kooperationsaufgaben werden hinzukommen, die vor allem Lehrkräfte und Schulleitungen zusätzlich beanspruchen werden; Entlastungen dafür sind nicht vorgesehen – ein erhebliches Manko, an dem ursächlich schon bisher die Umsetzung der vielen Kooperationsmaßnahmen gescheitert ist.

GEW empfiehlt: nicht umsetzen!

Die GEW empfiehlt den Kreisen, die in der so genannten Qualitäts-offensive des Landes eröffnete Option zur Einrichtung einer Bildungsregion nicht wahrzunehmen, weil die Einrichtung von Bildungsregionen als weiterer Versuch des Landes gelten darf, die Organisation und Finanzierung von schulischen Aufgaben auf die unteren Ebenen abzuwälzen.

Mit viel zu geringen Ressourcen werden einmal mehr nur die Symptome struktureller Zerklüftungen unseres Bildungswesen bearbeitet und damit – genau besehen – Finanzmittel verschwendet. Die Überwindung der zahllosen Brüche, der Fragmentierung, der nebeneinander bestehenden Zuständigkeiten ist eine politische Aufgabe, deren Lösung zunächst und zuerst auf der Systemebene ansetzen muss. Die Delegation dieser Aufgabe „nach unten“ kann allenfalls kosmetisch wirken, an den Ursachen der Misere ändert die durch die Einrichtung von Bildungsregionen beabsichtigte Intensivierung von Kooperation und Koordination nichts.